

Fragestunde

358. SPD-Fraktion**Abgeordnete Britta Müller**- Flüchtlingen den Zugang zum Studium ermöglichen -

Bildung ist zentral für die Integration von Flüchtlingen. Die Hochschulen sind dabei von großer Bedeutung, um den Geflüchteten eine Perspektive durch ein erfolgreiches Studium zu geben. Das Brandenburger Hochschulzulassungsgesetz lässt eine Vergabe der Hochschulplätze auch nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstestes und nach erfolgreicher Teilnahme an einem Studienvorbereitungsprogramm zu. Die Brandenburger Hochschulen sind bereits aktiv dabei, Programme zu entwickeln, um die Kompetenzen und Potenziale von Flüchtlingen zu erkennen und Studienmöglichkeiten anzubieten. Auch der Bund hat ein Maßnahmenpaket geschnürt, um die Hochschulen finanziell zu unterstützen. Bei der letzten Tagung der Kultusministerkonferenz Anfang Dezember wurden die Länder dazu aufgefordert, jetzt schnell entsprechende Verfahrenswege für die Umsetzung der Maßnahmen und die Integration an den Hochschulen zu schaffen.

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen Maßnahmen unterstützt sie die Hochschulen bei der Aufnahme von Flüchtlingen als Studierende?

359. CDU-Fraktion**Abgeordneter Dr. Jan Redmann**- Zuwendungen des Landes Brandenburg an die Ausrichter Kommunen einer Landesgartenschau -

In seiner Sitzung am 24.11.2015 hat das Kabinett beschlossen, die Vorbereitung und Durchführung der Landesgartenschau im Jahr 2019 an die Stadt Wittstock/Dosse zu vergeben. Welche konkreten Fördermöglichkeiten seitens des Landes bestehen, konnte der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft in der Sitzung des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landtages Brandenburg am 02.12.2015 noch nicht im Einzelnen ausführen. Dennoch haben die jeweiligen Ausrichter Kommunen auch in der Vergangenheit Zuwendungen und Fördermittel für einzelne Maßnahmen zur Umsetzung ihrer Entwicklungsziele erhalten.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Höhe haben die jeweiligen Ausrichter Kommunen der vergangenen Landesgartenschauen Zuwendungen des Landes bzw. Mittel aus den zur Verfügung stehenden Förderprogrammen erhalten?

360. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Isabelle Vandré**- Zuschuss des Landes für Studentenwerke -

In seinem Jahresbericht 2015 äußerte der Landesrechnungshof unter anderem Kritik an der finanziellen Unterstützung des Landes für die Studentenwerke. Auch die politische Entscheidung des Landtages im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2015/16, die von dem Land auf die Studentenwerke übertragenen Aufgaben mit zusätzlichen finanziellen Mitteln weiter zu unterstützen, blieb vom Landesrechnungshof nicht unkommentiert. Als eines der Hauptargumente in dem am 4. Dezember veröffentlichten Gutachten führt der Landesrechnungshof an, es habe im Zeitraum zwischen 2003 und 2013 keine Erhöhungen der Essenspreise sowie der Studierendenbeiträge gegeben. Nachweislich enthält jedoch weder die durch den Landesrechnungshof angeführte Statistik Aussagen zu den Studierendenbeiträgen 2003/2004 noch geht aus dem Gutachten hervor, dass sich die Studierendenbeiträge in Potsdam zwischen 2004 und heute von 25 auf 50 Euro erhöht und damit verdoppelt haben. Ebenso enthält das Gutachten keine Aussage zu den 2014 vorgenommenen Erhöhungen der Essenspreise in den Mensen.

Ich frage die Landesregierung daher: Wie bewertet sie die durch den Landesrechnungshof vorgenommene Kritik an den Entwicklungen der Studierendenbeiträge für die Studentenwerke sowie die Entwicklung der Essenspreise in den Mensen der brandenburgischen Studentenwerke?

361. AfD-Fraktion**Abgeordneter Andreas Kalbitz**- Untersuchung des Investitionsbedarfes der Kommunen -

Am 23. September 2015 stellte ich eine Frage zum Investitionsstau im Land Brandenburg. Die Antwort lautete, dass insbesondere die Untersuchung des Investitionsbedarfes der Kommunen, die Generierung privater Investitionen in den Bereichen Energie und digitale Netze sowie die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft Inhalt der Experten-Kommission war. Die Ergebnisse lägen ausschließlich auf Bundesebene vor, sie seien nicht auf das Land Brandenburg heruntergebrochen.

Ich frage die Landesregierung: Hat sie ein Interesse daran zu wissen, wie es in der Sache diesbezüglich im Land Brandenburg bestellt ist?

362. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordnete Heide Schinowsky**- Ergebnisse des „Sulfatgipfels“ -

Der Bergbaubetreiber Vattenfall verkündete am 13. November 2015: „Ein gemeinsam mit den sächsischen und brandenburgischen Behörden erarbeitetes Sulfatprognosemodell für die Spree bis zum Jahr 2052 weist keinen weiteren Anstieg der Sulfat-Konzentrationen in den nächsten Jahren über das derzeitige Niveau auf.“

Das Brandenburger Umweltministerium hat jedoch auf der Sitzung des Braunkohlenausschusses des Landes Brandenburg am 12. November 2015 ein neues Gutachten angekündigt, in dem die künftig zu erwarteten Sulfatfrachten prognostiziert werden

soll. Am 20. November 2015 fand zum Thema Sulfat in der Spree ein Arbeitstreffen von Berlin und Brandenburg auf Staatssekretärebene statt, an dem auch Vertreter der Wasserbetriebe und des Bergbaubetreibers Vattenfall teilgenommen haben sollen. Eine Berichterstattung von dem Treffen wurde dem rbb untersagt (vgl. „Das Sulfatgipfelchen“ 20.11.2015, rbb-online.de). Medienberichten zufolge sollten dort Maßnahmen vereinbart werden, um die Belastung der Spree mit Sulfat als Folge des Braunkohlebergbaus zu senken. In einer nur wenige Wochen laufenden Petition forderten über 17 000 Berliner und Brandenburger verbindliche Maßnahmen zur Eindämmung der Sulfatfrachten in der Spree. Trotz des erhöhten Interesses der Bevölkerung gab es im Anschluss an das Treffen keine Erklärung der Landesregierung.

Ich frage die Landesregierung: Was sind die Ergebnisse des Arbeitstreffens am 20. November bzw. welche Maßnahmen wurden dort vereinbart?

363. BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Abgeordneter Péter Vida

- Beachtung der Bestimmungen der brandenburgischen Kommunalverfassung zur demokratischen Repräsentation politischer Minderheiten in der Stadtverordnetenversammlung Liebenwalde -

In der Kleinen Anfrage 1201 (Drucksache 6/2815) hatte ich die Frage aufgeworfen, wie es möglich ist, dass in der Stadtverordnetenversammlung Liebenwalde seit mittlerweile 1,5 Jahren fortlaufend gegen geltendes Landesrecht verstoßen wird, indem die Ausschussvorsitze entgegen klarer gesetzlicher Bestimmungen nicht proporzgetreu vergeben, sondern gewählt werden. Dies hat zur Folge, dass entgegen der Verteilung der Fraktionsgrößen alle Ausschussvorsitze in der Hand einer Fraktion sind. In ihrer Antwort auf diese Kleine Anfrage teilte die Landesregierung in Drucksache 6/3032 mit, dass dies in der Tat einen rechtswidrigen Zustand darstelle, die Kommunalaufsicht des Landkreises Oberhavel (untere Landesbehörde) jedoch fortlaufend Gespräche mit dem Bürgermeister zur Herstellung rechtmäßiger Zustände führe. Dieser habe dies auch immer wieder versichert. Offenbar vertraute man dieser „Versicherung“. Tatsache ist, dass erst jüngst wieder eine Wahl eines Ausschussvorsitzes angesetzt worden und bis heute - zwei Monate nach Stellung der Kleinen Anfrage - weiterhin keine Veränderung eingetreten ist.

Ich frage die Landesregierung: Wann, ja wann werden die Bestimmungen der brandenburgischen Kommunalverfassung zur demokratischen Repräsentation auch politischer Minderheiten in der Stadtverordnetenversammlung Liebenwalde endlich beachtet?

364. SPD-Fraktion

Abgeordnete Kerstin Kirchels

- Resolutionen der Generalversammlungen der Kammerunion Elbe/Oder zur Schiffbarkeit der Elbe und zu den Verkehrsträgern im Oderstromgebiet -

Die Generalversammlung der Kammerunion Elbe/Oder hat auf ihrer 6. Hauptstadtkonferenz am 5. und 6. Oktober 2015 zwei Resolutionen zur besseren Schiffbarkeit von Mittel- und Oberelbe bzw. zum Verfahrensstand des Gesamtkonzeptes Elbe so-

wie zu den Verkehrsträgern im Oderstromgebiet angenommen. In beiden Resolutionen werden Handlungsempfehlungen formuliert.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie die in den Resolutionen der Kammerunion Elbe/Oder formulierten Handlungsempfehlungen?

365. CDU-Fraktion

Abgeordneter Rainer Genilke

- Position der Landesregierung zu einer Bundesfernstraßengesellschaft -

Derzeit gibt es auf Bundesebene Überlegungen, die Bereiche Planung, Finanzierung, Bau und Erhaltung der Bundesfernstraßen länderübergreifend in einer Bundesfernstraßengesellschaft zu bündeln. Diese Gesellschaft wäre dann vermutlich in der Lage, Planung, Vergabe und Controlling aller Unterhaltsleistungen des Bundesfernstraßennetzes inklusive Neu- und Ausbau sowie Erhalt und Betrieb der Infrastruktur zu übernehmen.

Dies hätte weitreichende Konsequenzen auf den Landesbetrieb Straßenwesen, welcher derzeit im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen in Brandenburg zuständig ist.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position hat sie zu einer möglichen Bundesfernstraßengesellschaft sowie den damit einhergehenden Auswirkungen auf Arbeitsbereich und Personal des Landesbetriebs Straßenwesen?

366. SPD-Fraktion

Abgeordnete Kerstin Kircheis

- Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption -

Die Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg wurde zuletzt im Jahr 2008 fortgeschrieben. Die Konzeption aus dem Jahr 2008 verweist auf inzwischen nicht mehr geltende Grundsätze der Raumordnung. Da kürzlich durch die Planungskonferenz der Länder Brandenburg und Berlin die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans vereinbart wurde, ist eine Fortschreibung der luftverkehrspolitischen Ziele für das Land sinnvoll und geboten.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand der Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg?

367. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Anita Tack

- Bundesratsinitiativen zu Fluglärm -

Mit einem Gesetzesantrag im Bundesrat wollen die Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm verbessern. Werden Flugverfahren festgesetzt oder geändert, soll künftig die Bevölkerung durch ein transparentes Verfahren beteiligt werden. Außerdem sieht der Gesetzesantrag einen besseren Schutz vor Lärmbelastungen durch Kunstflüge vor. Die Beratungen werden in den Ausschüssen erfolgen.

Angesichts der Relevanz dieser Themen zur Lärmbekämpfung an Flughafen nahen Standorten frage ich die Landesregierung: Wie wird sie mit diesen Vorschlägen umgehen?

368. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Axel Vogel

- Bundesratsinitiative zum Fluglärmschutz -

Von den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland Pfalz wurde ein „Gesetz zum besseren Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm“ (Bundesratsdrucksache 550/15) ins Plenum des Bundesrates eingebracht. Der aktuelle Gesetzesantrag knüpft an der Bundesratsinitiative zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes aus dem Jahr 2013 an, die im Bundesrat bedauerlicherweise keine Mehrheit fand. Wichtigstes Anliegen der Gesetzesänderung ist es, Luftfahrtbehörden und Flugsicherungsorganisation zu verpflichten, den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm insgesamt stärker zu berücksichtigen.

Der Landtag hat in seinem Entschließungsantrag (Drucksache 5/6916) zur Annahme des Volksbegehrens die Landesregierung aufgefordert, weitere Initiativen zu ergreifen, um die Fluglärmbelästigung vor allem für das unmittelbare Umfeld, aber auch darüber hinaus noch weiter zu reduzieren.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den vorgelegten Gesetzentwurf insgesamt?

369. SPD-Fraktion

Abgeordnete Jutta Lieske

- Fortbestand der Obstversuchsanstalt Müncheberg -

In der Sitzung des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft am 3. Dezember 2015 hat der Minister Vogelsänger eine zeitnahe Lösung zum nachhaltigen Fortbestand der Obstversuchsanstalt Müncheberg in Aussicht gestellt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand in dieser Angelegenheit?

370. CDU-Fraktion

Abgeordneter Uwe Liebehenschel

- Erhalt des Bahnwerks Eberswalde -

Die Deutsche Bahn hat bereits im Herbst 2014 angekündigt, die traditionsreiche Instandhaltungswerkstatt in Eberswalde bis zum Jahresende 2016 zu schließen. Das Werk, welches sich besonders auf die Instandhaltung von Güterwagen spezialisiert hat, feierte erst kürzlich sein 135-jähriges Bestehen. Nachdem die Beschäftigten und ihre Familien nun über ein Jahr vor einer ungewissen Zukunft standen, wurde jetzt bekannt, dass die Verhandlungen zur Übernahme des Werkes endgültig zu scheitern drohen.

Für die Stadt Eberswalde und die gesamte Region hat das Werk als Wirtschaftsfaktor und Ausbildungsstätte eine große Bedeutung, die Schließung würde erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich frage die Landesregierung: Warum hat sie lange Zeit die Botschaft gesendet, dass auch eine sozialverträgliche Schließung des Werkes eine Option ist, anstatt von Beginn an unmissverständlich für den Erhalt des Standortes einzutreten?

371. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Margitta Mächtig

- Zukunft des Bahnwerkes Eberswalde sichern -

In der ersten Dezemberwoche wurde bekannt, dass die Deutsche Bahn weder bereit ist, das Bahnwerk Eberswalde zu erhalten, noch es an potenzielle Wettbewerber zu verkaufen.

Daraufhin hat der Bürgermeister der Stadt Eberswalde erklärt, dass die Stadt bereit ist, das Werk zu erwerben, um es anschließend an einen Investor zu veräußern.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es aus ihrer Sicht eine Möglichkeit des Erwerbes?

372. AfD-Fraktion

Abgeordnete Christina Schade

- Erleichterung des Wohnungsbaus -

Bundesbauministerin Barbara Hendricks plant die Erleichterung des Wohnungsbaus. Laut der Ministerin werden jährlich 350 000 neue Wohnungen gebraucht. Als ein Mittel zur Unterstützung des Wohnungsbaus soll das Bauplanungsrecht vereinfacht werden.

Die steuerlichen und baurechtlichen Vorgaben von Bund und Länder haben den Wohnungsbau in Deutschland erheblich verteuert. Insbesondere die Vorgaben für Energieeffizienz, Barrierefreiheit, Brand- und Schallschutz, Schnee-, Sturm- und Erdbebensicherheit verhindern ein preiswertes Wohnen. Auch die Landesgesetzgebung trägt zu dieser Vertéuerung des Wohnungsbaues bei.

Ich frage die Landesregierung: Plant sie Initiativen, das Baurecht wieder zu entschlacken, um preiswertes Wohnen zu ermöglichen?

373. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Stefan Ludwig

- Einigung der Bundesländer zur Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern -

Am 3. Dezember 2015 haben sich die Bundesländer auf ein Konzept zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geeinigt. Die Einigung sieht unter anderem vor, dass der bisherige Umsatzsteuervorgewegausgleich entfällt. Davon profitierten vor allem die ostdeutschen Bundesländer, die sich daher lange zu Recht gegen eine Abschaffung dieser Regelung wehrten. Dafür soll vor dem eigentlichen Länderfi-

nanzausgleich ein gewisser Ausgleich bei den Steuereinnahmen geschaffen werden. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer soll danach grundsätzlich nach Maßgabe der Einwohnerzahl verteilt werden, jedoch modifiziert durch Zu- und Abschläge entsprechend der Finanzkraft. Im Ergebnis soll ein Ausgleich der Finanzkraft zukünftig im Wesentlichen bereits im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer erfolgen. Die Länder erhalten zusätzliche Umsatzsteuerpunkte im Gegenwert von rund 4,02 Milliarden Euro.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Auswirkungen hat die Einigung der Bundesländer zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Länder auf Brandenburg?

374. AfD-Fraktion

Abgeordneter Dr. Alexander Gauland

- Bodendenkmal „Schmölln 46“ -

Im Sommer 2014 wurde im Landkreis Uckermark das Bodendenkmal „Schmölln 46“ zerstört. Es kristallisiert sich mittlerweile jedoch eine hohe kulturgeschichtliche Bedeutung dieses mehr als 4 000 Jahre alten Bodendenkmals heraus.

Ich frage die Landesregierung: Hält sie mit heutigem Kenntnisstand die Zerstörung immer noch für gerechtfertigt?

375. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Gerrit Große

- Unterstützung für Klassenzimmer-Stücke -

Seit einigen Jahren bieten einige Theater sehr erfolgreich Theater-Stücke an Schulen an. Diese sogenannten Klassenzimmer-Stücke bieten eine andere Form von Unterricht, greifen Themen aus den Lehrplänen an und sind in den Räumlichkeiten einer Schule (meist Klassenraum) durchführbar. Die Theater sind dazu auch in engem Kontakt mit den Schulen. Diese Form der kulturellen Bildung ist beispielhaft für die Kooperation von Kultureinrichtungen und Schule.

Allerdings gestaltet sich die Finanzierung dieser Klassenzimmer-Stücke problematisch. Die Kosten für die Planung und Durchführung der Stücke sind in der Regel durch die Kostenbeteiligungen durch die Schule bzw. die Schülerinnen und Schüler gedeckt. Allerdings fallen bei den Stücken bei jeder Aufführung auch Tantiemen an, die dann oft die Gesamtkosten sehr stark erhöhen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, durch die Übernahme der Tantiemen die Kosten zu reduzieren und damit eine Ausweitung dieser Form der kulturellen Bildung zu ermöglichen?

376. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Thomas Domres
- Ergebnisse der Elbe-Ministerkonferenz -

Am 30.11.2015 fand die 7. Elbe-Ministerkonferenz statt. Die Umweltminister der in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe vertretenen Bundesländer haben sich zu länderübergreifenden Fragen insbesondere im Bereich Gewässer- und Hochwasserschutz verständigt.

Ich frage die Landesregierung: Welche für Brandenburg relevanten Ergebnisse hat die Elbe-Ministerkonferenz gebracht?

377. AfD-Fraktion
Abgeordneter Steffen Königer
- Not- und Gemeinschaftsunterkünfte -

In Brandenburg gibt es einige Hotels, die zu Not- und Gemeinschaftsunterkünften umgenutzt werden.

Ich frage die Landesregierung: Ist bekannt, an welchen Standorten in Brandenburg solche Maßnahmen bislang durchgeführt werden?